



Per E-Mail

An die beim Kanton Zug
akkreditierten Medien

Zug, 26. Mai 2011

MEDIENMITTEILUNG

Gemeinsam für starke Integrationspolitik

In Solothurn haben Entscheidungsträgerinnen und -träger von Bund, Kantonen, Gemeinden und nicht-staatlichen Institutionen über aktuelle integrationspolitische Herausforderungen diskutiert. Auch eine Zuger Delegation mit Kantons- und Gemeindevertreterinnen und -vertretern hat an dieser nationalen Integrationskonferenz teilgenommen. Für den Kanton Zug mit seiner hohen Zuwanderungsrate von jährlich rund zwei Prozent ist das Thema Integration besonders wichtig. Deshalb will der Kanton sein Engagement verstärken und in einem Integrationsgesetz verankern.

An der Integrationskonferenz wurden die vier Grundprinzipien einer gemeinsamen Integrationspolitik von Bund, Kantonen und Gemeinden diskutiert: "Chancengleichheit verwirklichen", "Vielfalt berücksichtigen", "Potenziale nutzen" und "Eigenverantwortung einfordern".

Vier Grundprinzipien

Gefragt, was das Grundprinzip "Eigenverantwortung einfordern" im Kanton Zug konkret bedeutet, sagt Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard: "Mit jeder zuziehenden Person soll ein Gespräch über Rechte und Pflichten geführt werden. Ein solches Erstgespräch kann proaktiv zur Verbesserung der Integration beitragen."

Zum Grundprinzip "Vielfalt berücksichtigen" betont die Delegationsteilnehmerin Susan Staub, Sozialvorsteherin der Gemeinde Menzingen: "Nur wenn die Vielfalt der Bevölkerung wahr- und angenommen wird, kann deren Potenzial wirklich genutzt werden. Dieses Grundprinzip ruft dazu auf, den Menschen in seiner ganzen Vielfalt und nicht reduziert auf eine Nationalität zu betrachten." Im Kanton Zug leben Menschen aus 136 Nationen. Viele verschiedene Lebensweisen, Lebensentwürfe, kulturelle und soziale Hintergründe kommen zusammen. Das friedliche und respektvolle Zusammenleben ist deshalb sehr wichtig.

Das Grundprinzip "Chancengleichheit verwirklichen" deutet Berty Zeiter, ebenfalls Delegationsmitglied und Sozialvorsteherin der Gemeinde Baar so: "Nur durch Förderung der Chancengleichheit sind alle Personen fähig, ihre Eigenverantwortung wahrzunehmen." Eine der Folgerungen der Tagung läuft darauf hinaus: Integrationsmassnahmen laufen ins Leere, wenn nicht

gleichzeitig gezielt gegen Diskriminierung vorgegangen wird. Der Schutz vor Diskriminierung wird in den nächsten Jahren zu einem grossen Thema in der Integrationspolitik werden.

"Potenziale nutzen" ist dem Delegationsteilnehmer Martin Strickler, Fachverantwortlicher Integration, Kantonales Sozialamt ein besonderes Anliegen: "Diesem Grundsatz nachzuleben heisst, noch mehr für die (Weiter)Bildung von bereits im Kanton anwesenden Zugewanderten zu tun. Damit kann erreicht werden, dass hier wohnhafte Personen in den Arbeitsmarkt integriert werden. Gleichzeitig heisst es aber auch, die Ressourcen der gut qualifizierten Zugewanderten vermehrt zu mobilisieren, beispielsweise für ein Engagement in der Gemeinde".

Donat Knecht, Delegationsteilnehmer und Leiter des kantonalen Sozialamts sieht in der gleichwertigen Verankerung und Umsetzung dieser vier Prinzipien eine Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des sozialen Zusammenhalts: "Wir werden in Zukunft noch vermehrt zusammenarbeiten müssen - der Kanton, die Gemeinden und private Organisationen, um optimale Lösungen zu erreichen."

Regierungsrätin Manuela Weichelt-Picard, die Delegationsleiterin, ergänzt, "Es ist wichtig, das Thema Integration konsequent als Verbundaufgabe wahrzunehmen und die Aufgaben im Integrationsbereich auf den Kanton, die Gemeinden und Dritte zu verteilen. Wir werden die Zuständigkeiten im Integrationsgesetz regeln, welches voraussichtlich im Verlaufe des kommenden Jahres in Kraft treten wird."

Direktion des Innern

Manuela Weichelt-Picard

Weitere Auskünfte:

Manuela Weichelt-Picard Tel. 041 728 24 30

Susanne Staub

Am 26.5.2011 telefonisch erreichbar von 09-12 Uhr Tel. 077 222 66 25

Berti Zeiter

Am 26.5.2011 telefonisch erreichbar von 14-17 Uhr Tel. 041 761 37 68